

Antrag

der Abgeordneten Dr. Anja Reinalter, Misbah Khan, Denise Loop, Ulle Schauws, Nyke Slawik, Dr. Andrea Lübcke, Ayse Asar und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Datengestützte Bildungsentwicklung fördern – Qualität sichern, Chancen verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland verfügt über umfangreiche Bildungsdaten aus Lernstandserhebungen sowie nationalen und internationalen Vergleichsstudien.

Dennoch bleibt die Wirkung dieser Daten bisher begrenzt: Zu viele Schülerinnen und Schüler erreichen die Mindeststandards in Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen nicht und der Bildungserfolg hängt weiterhin stark von der sozialen Herkunft ab. Erkenntnisse aus erhobenen Daten führen selten zu konkreten Verbesserungen im Unterricht, der Schulentwicklung oder bei der Steuerung von Bildungsprogrammen.

Besonders deutlich wird dies an den Übergängen im Bildungssystem – von der frühkindlichen Bildung in die Grundschule, von der Grundschule in die weiterführenden Schulen sowie von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf. Trotz vielfältiger Maßnahmen gelingt es nicht ausreichend, diese Übergänge zu begleiten und Brüche zu vermeiden. Gerade hier fehlen verlässliche und verknüpfbare Daten darüber, wie Bildungswege verlaufen, warum Abbrüche entstehen und welche Maßnahmen wirksam sind.

Ein aktuelles Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) zeigt die Funktionen von Daten für diagnosegeleitete Lernförderung und Unterrichtsentwicklung, Schulentwicklungsprozesse, das Controlling durch die Schulaufsichtsbehörden, für Bildungspartnerschaften zwischen Lehrkräften und Eltern sowie die Systemsteuerung durch Bundes- und Landesebene systematisch auf (vgl. Gutachten zur datengestützten Entwicklung und Steuerung in Schulen und frühkindlicher Bildung der Ständigen Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz).

Die Potentiale der datengestützten Bildungsentwicklung gilt es im Rahmen einer Nationalen Bildungsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen mit verbindlichen Zielen, konkreten Maßnahmen und messbaren Fortschritten noch in dieser Legislaturperiode nutzbar zu machen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. mit Ländern und Kommunen eine gemeinsame Nationale Bildungsoffensive zu starten und dazu verbindliche und messbare Bildungsziele noch für diese Legislaturperiode zu vereinbaren, insbesondere zur Entkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft, zur Verbesserung der Basiskompetenzen, zur Reduzierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss sowie zur Verbesserung der Übergänge zwischen Kita, Schule und Ausbildung;
2. zur Erreichung der Bildungsziele eine evidenzbasierte Qualitätsentwicklung auf allen Ebenen des Bildungssystems zu fördern;
3. gemeinsam mit den Ländern eine pseudonymisierte Bildungsverlaufsstatistik einzurichten, deren Nutzung für Forschung, Berichterstattung und die Evaluation von Bildungsprogrammen ausschließlich in anonymisierter Form erfolgt, um Bildungsbiografien über die gesamte Bildungskette systematisch und längsschnittlich nachvollziehen zu können und die Wirksamkeit von Bildungsprogrammen evidenzbasiert beurteilen zu können;
4. ein Forschungsdatengesetz vorzulegen, das der Bildungsforschung unter Wahrung der Datenschutzstandards die Verknüpfung der Bildungsverlaufsdaten mit anderen Datensätzen rechtssicher und grundrechtsschützend ermöglicht;
5. zu prüfen, inwiefern mit den Ländern eine länderübergreifend kompatible Bildungs-ID für die gesamte Bildungsbiografie unter Wahrung höchster Datenschutzstandards und insbesondere unter strenger Einhaltung des datenschutzrechtlichen Zweckbindungsgebots eingeführt werden kann, um eine bessere individuelle Förderung zu ermöglichen und Verwaltungsabläufe, bspw. bei Schulwechseln oder Bildungsübergängen, zu vereinfachen;
6. Lehrkräfte und Schulleitungen dabei zu unterstützen, Daten zur Schul- und Unterrichtsentwicklung sinnvoll einzusetzen und dazu:
 - a. mit den Ländern die Lehrkräftebildung zu modernisieren und die Neuauflage der "Qualitätsoffensive Lehrerbildung" mit einem entsprechenden Förderschwerpunkt zu Datenschutz und Datenkompetenz/"Data Literacy" im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf den Weg zu bringen;
 - b. im Rahmen der Bund-Länder-Initiative „Digitales Lehren und Lernen“ des Digitalpakt 2.0 praxisorientierte Forschung zu datengestützter Schul- und Unterrichtsentwicklung zu fördern und dabei auch lernwirksame Materialien und digitale Unterrichtsassistenzen in den Blick zu nehmen;
7. die Förderung der empirischen Bildungsforschung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auszubauen und systematisch bei der Konzipierung und Begleitung von Bildungsprogrammen einzubinden, wie bspw. beim Startchancen-Programm mit dem CHANCEN-Verbund, und den Transfer in die Breite stärker zu unterstützen;

8. gemeinsam mit den Ländern eine datenschutzkonforme und sichere digitale Infrastruktur für Datendashboards im Bildungssystem zu entwickeln, um Daten sparsam und gezielt für unterschiedliche Akteure aufbereiten zu können;
9. gemeinsam mit den Ländern eine Plattform für qualitätsgeprüfte, evidenzbasierte diagnostische Instrumente sowie Materialien zur Unterrichtsentwicklung und Lernförderung für Lehrkräfte auf den Weg zu bringen;
10. evidenzbasierte Qualitätsentwicklung bereits im frühkindlichen Bereich zu stärken und insbesondere die Übergänge von der Kita in die Schule systematisch zu verbessern und dazu unverzüglich einen Gesetzentwurf für ein Qualitätsentwicklungsgesetz (QEG) für Kitas vorzulegen und die Qualität der frühkindlichen Bildung dauerhaft deutlich stärker zu fördern, insbesondere durch verbindliche Sprachstandserhebungen, individuelle Förderangebote, bessere Fachkraft-Kind-Schlüssel und gezielte Unterstützung von Einrichtungen in sozial benachteiligten Lagen, und zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung jetzt und in den Folgejahren jeweils eine Milliarde Euro mehr Bundesmittel als bisher zur Verfügung stellen;
11. den Berufsbildungsbericht zu einem politischen Steuerungsinstrument weiterzuentwickeln und dazu evidenzbasierte Wirkungsanalysen bestehender Programme und Maßnahmen anhand klar definierter berufsbildungspolitischer Ziele durchzuführen und eine bessere Datenerhebung zu individuellen Bildungsverläufen, insbesondere in Hinblick auf Abbrüchen und Übergänge, zu ermöglichen. Dies schließt eine integrierte Berichterstattung über die Schnittstellen zum Hochschulbereich ein, um die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung sowie den systematischen Übergang nach Studienabbrüchen in die berufliche Bildung (Spurwechsel) evidenzbasiert zu verbessern.

Berlin, den 7. Juli 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.